



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bayerns Wirtschaft stärken – Abwanderung von gut integrierten Fachkräften verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Bayern hat von der Zuwanderung aus EU-Staaten in den letzten zehn Jahren enorm profitiert. Menschen vor allem aus Polen, Kroatien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, aus dem Kosovo, aus Bosnien und Herzegowina sowie weiteren ost- und südosteuropäischen Staaten haben zum Wohlstand Bayerns beigetragen. Knapp 1 Millionen Menschen aus diesen Ländern leben und arbeiten in Bayern. Die Menschen haben Steuern bezahlt, unsere Sozialversicherungssysteme gestützt und sich für unsere Gesellschaft engagiert. Unzählige von ihnen arbeiten im bayerischen Handwerk, in der Landwirtschaft, als Facharbeiter in bayerischen Betrieben, pflegen unsere Angehörigen, kochen in bayerischen Restaurants und halten den ÖPNV in den Kommunen am Laufen. Dafür spricht der Landtag ihnen seinen Dank aus.
- Nach dem neuesten Freizügigkeitsmonitoring des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kehren immer mehr dieser Menschen aus unterschiedlichen Gründen in ihr Heimatland zurück und immer weniger EU-Bürgerinnen und -bürger kommen nach Bayern. Dieser Trend schadet Bayern und insbesondere der bayerischen Wirtschaft.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie der zunehmenden Abwanderung von EU-Bürgerinnen und -bürgern begegnet werden kann.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, die Prozesse um die Arbeitsaufnahme von Menschen aus Drittländern deutlich zu beschleunigen und die Digitalisierung der Ausländerbehörden mit Nachdruck voranzutreiben.

Begründung:

Wir erleben eine Trendwende bei der Migration aus der EU. Erstmals seit 15 Jahren sind weniger Zuwanderer aus EU-Staaten nach Deutschland gekommen als gegangen sind. In den letzten Jahren ging insbesondere die Migration aus Osteuropa zurück. Im Jahr 2024 zogen zum ersten Mal weniger Menschen aus EU-Staaten nach Deutschland als weggingen (-34 000 Personen laut Statistischem Bundesamt). Besonders aus Staaten Osteuropas wie Polen, Rumänien oder Bulgarien ist die Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Jahren rückläufig. Nach dem EU-Beitritt mehrerer osteuropäischer Länder und der schrittweisen Öffnung der Arbeitsmärkte war in Deutschland seit 2009 vor allem die Zuwanderung aus den damals neuen EU-Staaten gestiegen. Ihren Höhepunkt erreichte sie im Jahr 2015 mit einem Wanderungsüberschuss von

etwa 330 000 Personen aus der gesamten EU. Seitdem gingen die Zuzüge zurück. Im Jahr 2024 gab es mehr Fortzüge als Zuzüge (-34 000) und der Saldo war in Deutschland insgesamt negativ.

In Bayern gab es im Jahr 2023 noch einen Wanderungsüberschuss von 11 845 Personen, dieser Überschuss halbiert sich aber im Jahr 2024 bereits auf 5 185 Personen. Auch für Bayern ist daher ein klarer Trend zu erkennen: die Abwanderung von Menschen aus EU-Ländern nimmt große Züge an, die für unseren Wirtschaftsstandort Bayern nicht gut sind.

Durch den Rückgang der EU-Zuwanderung dürften die Personallücken auch am bayerischen Arbeitsmarkt sichtbarer werden. Um diese zu füllen, bräuchte es bis 2040 eine jährliche Nettozuwanderung von insgesamt 288 000 bis 368 000 Personen für ganz Deutschland.

Etwa ein Drittel des deutschen Wirtschaftswachstums im letzten Jahrzehnt sei auf Zuwanderung zurückgegangen, vor allem aus Osteuropa, so ein Ökonom. „Bei der Arbeitsmigration reden wir im vergangenen Jahrzehnt von rund 60 Prozent EU-Zuwanderung, vor allem aus den Staaten der EU-Osterweiterung.“ Wenn es nicht gelinge, die ausbleibende EU-Zuwanderung zu kompensieren, dürften die Folgen „ganz erheblich“ werden.

Es gilt also, in zweierlei Richtungen tätig zu werden: zum einen müssen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aktiv angesprochen werden, um sie im Land zu halten. Zum anderen muss aber die Anerkennung von Berufsabschlüssen schneller und unternehmensfreundlicher gestaltet werden. Die Digitalisierung der Ausländerbehörden hat daher Vorrang vor anderen Digitalisierungsprojekten.